

# TraVo

Vorsorgendes Wirtschaften  
Transformationen in Ökonomie und Politik

Andrea Amri-Henkel, Adelheid Biesecker, Sarah Breitenbach, Sabine Hofmeister, Christoph Lenz, Katharina Moths

**Nachhaltig transformativ?**

**Wie Geschlechterperspektiven die  
Transformationsdebatte/n zu  
transformieren vermögen...**



## Einleitung: Nachhaltige Interventionen in die Debatte um eine „Große Transformation“

Mit Veröffentlichung des Hauptgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“ im Jahr 2011 (vgl. auch WBGU 2014; 2016) ist eine breite wissenschaftliche und politische Debatte entstanden, in der es sowohl um die Forschungs- und Handlungsfelder als auch um die („richtigen“) Wege – Strategien und ‚Meilensteine‘ auf dem Weg der Transformation geht (u. a. Biesecker/v. Winterfeld 2013, Brunnengräber 2014; Bauriedl 2015; Unmüßig 2015; Biesecker/Breitenbach/v. Winterfeld 2015; 2016). Gemeinsam ist den Beiträgen ein weitgehender Konsens darüber, dass das Ziel der Transformation in einer *Nachhaltigen Entwicklung* gesehen wird. Gemeinsam ist ihnen jedoch auch, dass unklar und strittig bleibt, was genau unter ‚Nachhaltigkeit‘ zu verstehen ist.

In dem Anliegen, die Analysen und Vorschläge des WBGU zu konkretisieren und durch kritische Perspektiven darauf zu erweitern, sind wir mit dem vorliegenden Beitrag Teil dieser Debatte. Wir nehmen einen – in einigen Beiträgen der Transformationsdebatten schon angelegten – grundlegenden Perspektivwechsel auf die Transformationsdebatte/n vor, der auf eine Verschiebung des Blickwinkels von einer markt- auf eine ver- und vorsorgungsökonomisch geprägte Wirtschaft, von einem gestaltenden zu einem Gestaltung ermöglichenden Staat und von einem ressourcenorientierten Zukunftsverständnis hin zu einem Verständnis von Vorsorge für eine zukünftig lebenswerte Gegenwart zielt (Adam 2013).

Mit unserem Beitrag knüpfen wir an die Projektarbeit des Verbundvorhabens „Vorsorgendes Wirtschaften: Transformationen in Ökonomie und Politik“ (TraVo) an, das vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH und dem Institut für Nachhaltigkeitssteuerung der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt wurde.<sup>1</sup> Ausgangspunkt für das Vorhaben war die Erkenntnis, dass sozial-ökologische Transformationen (z. B. die Transformation der Energiesysteme) einerseits und das Themenfeld ‚Nachhaltigkeit und Geschlechterverhältnisse‘ andererseits noch weitgehend unverbunden diskutiert werden. Geschlechterperspektiven und Perspektiven auf ‚Vorsorgendes Wirtschaften‘ sind in den aktuellen Transformations- und Gesellschaftsvertragsdebatten bislang noch wenig präsent. Ziele des Vorhabens waren daher, diese Perspektiven in Wissenschaft und Praxis einzubringen, politische Beratungsgremien auf die Potentiale von Genderperspektiven aufmerksam zu machen sowie wissenschaftlichen Nachwuchs im Themenfeld zu

---

<sup>1</sup> Das Vorhaben wurde im Rahmen des BMBF- Förderbereichs „Strategien zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit für Frauen in Bildung und Forschung“ von August 2015 bis Juli 2016 gefördert.

vernetzen und zu fördern. Hierzu dienten klassische und innovative Formate, wie Fachworkshops und Fachgespräche, Expert\*innen-Interviews, transdisziplinäre Dialoge, Salons und ein Forschungskolloquium. Im Rahmen der durchgeführten Untersuchungen wurden wirtschafts-, nachhaltigkeits- und politikwissenschaftliche Debatten, Diskurse und Praktiken einbezogen und innovative wie transformative Impulse der Genderforschung genutzt.

Die Ergebnisse des Vorhabens aufgreifend fragen wir daher im Folgenden nach den transformativen Potentialen von Geschlechterperspektiven in Hinblick auf die Transformationsdebatten. Im Vordergrund steht das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften, wie es durch das gleichnamige Netzwerk seit Mitte der 1990er Jahre entwickelt wird (vgl. insbesondere Biesecker et al. 2000, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013). Konkret fragen wir nach dem Beitrag des ‚Vorsorgenden Wirtschaftens‘ zu einem kritisch emanzipatorischen Verständnis von ‚Nachhaltiger Entwicklung‘ und dem daraus folgenden transformativen Potential. Dabei ist die Konzeptentwicklung ‚Vorsorgendes Wirtschaften‘ selbst Teil der Transformationsdebatten.

Im Folgenden werden zunächst, anhand des 2011 veröffentlichten Hauptgutachtens des WBGU sowie dessen Sondergutachtens von 2014 die wesentlichen Herausforderungen durch die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft benannt und aus Geschlechterperspektive diskutiert. Auf Basis des Konzepts Vorsorgendes Wirtschaften fragen wir sodann danach, welche Transformationspotentiale von der Integration einer geschlechterorientierten und emanzipatorischen Perspektive auf die Transformationsdebatte/n ausgehen. Im Zentrum stehen hier die drei vom Netzwerk formulierten Handlungsprinzipien für eine nachhaltige Ökonomie. Am Transformationsfeld Energie zeigen wir anschließend exemplarisch, welche neuen Perspektiven auf die ‚Energiewende‘ aus einem kritisch feministischen Blickwinkel resultieren. Der Beitrag endet mit zusammenfassenden und vorausblickenden Gedanken zu den transformativen Potentialen.

## **Transformative Herausforderungen**

Es sind drei zentrale Fragen, die der Rat im Kontext seiner Forderung nach einem neuen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011) und nach einem „Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“ (WBGU 2014) – explizit oder implizit – aufwirft:

Wie sieht ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften in der Zukunft aus?

Welche Rolle kommt auf dem Weg in diese Zukunft den verschiedenen Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zu, und welche Rolle spielt der Staat?

Welches Wissen braucht die Transformation in eine nachhaltig verfasste Zukunft und wie muss Forschung gestaltet sein, um dieses generieren zu können?

Diese drei Themenfelder betrachten wir im Folgenden aus der Perspektive sozial-ökologischer Lebens- und Alltagswelten. Dieser Perspektivwechsel führt zu Fragen nach den Erfordernissen für eine Neukonzeption des Ökonomischen und des Politischen und danach, welche Bedingungen für die Entwicklung einer „Forschung für die Transformation“ (WBGU 2011: 342 ff.) nötig sind.

Die zentrale Herausforderung für eine Transformation der heutigen in eine nachhaltige Gesellschaft besteht in der Überwindung der bestehenden Trennungsstruktur – der Trennung zwischen der sog. produktiven und der sog. un-, bestenfalls reproduktiven Sphäre. Zur ersteren gehört alles, was am und für den Markt geschieht (Erwerbsarbeit, Warenproduktion, Gewinnorientierung), zur letzteren alle Tätigkeiten und Prozesse jenseits des Marktes (unbezahlte Arbeit und Naturleistungen) (Biesecker/Hofmeister 2006, 2013). Diese lebendigen Grundlagen des Wirtschaftens werden nicht bewertet, aber alltäglich für die Produktionsprozesse gebraucht. In dieser Externalisierungsstruktur<sup>2</sup> werden die Regenerationsfähigkeit der Natur, d. h. ihre Fähigkeit, Materie und Energie hervorzubringen, ebenso wie die gesellschaftliche Fähigkeit zur sozialen Reproduktion systematisch ausgehöhlt. Sozial-ökologische Lebenswelten werden stattdessen maß- und sorglos ausgenutzt. In der Trennungsstruktur liegt daher die zentrale Ursache für die sozial-ökologische Krise. Nachhaltigkeit als Aufforderung, „das Lebendige lebendiger werden (zu) lassen“ (Dürr 2011), wird so systembedingt nicht erreicht werden können.

Für dieses Krisenverständnis zentral ist der Perspektivwechsel, der oben schon angedeutet wurde: Nicht vom Markt, sondern von der Lebenswelt, von den sozial-ökologischen Lebensprozessen her wird auf das Wirtschaften geblickt. Deutlich wird, dass Ökonomie mehr ist als Märkte. Marktwirtschaften basieren auf unbezahlten Leistungen, wie sie von ‚Natur‘ und sozialer Lebenswelt kontinuierlich, anscheinend außerhalb des Ökonomischen erbracht werden. Es ist eine physische und ‚weiblich‘ konnotierte Ökonomie, die das Wirtschaften am Markt ermöglicht

---

<sup>2</sup> ‚Externalisierung‘ meint hier mehr als die Externalisierung von Kosten. Vielmehr sehen wir ein Externalisierungsprinzip dort walten, wo abstrakter ‚Wert‘ entsteht, indem zuvor anscheinend wertlose Materie und lebendige Produktivität abgespalten und als dieses Abgespaltene angeeignet und genutzt wird (so kann Erwerbsarbeit Wert nur dann realisieren, wenn sie auf nichterwerblicher Arbeit ruht; und so kann Materie nur in Wert gesetzt werden, wenn sie aus den lebendigen Prozessen herausgelöst und am Markt verschachert wird). Externalisierung waltet gerade dort, wo das Politisch-Öffentliche einen unpolitisch-privaten Schatten hat, in den hinein das privatisiert wird, was das Öffentliche nicht leisten kann oder will (wie etwa die Einstellung einer Buslinie und die Übernahme des Begleitverkehrs von Kindern durch die Familie). Solcherart Trennungsstruktur kann nur durch ein Externalisierungsverbot überwunden werden, nicht aber, indem das Getrennte als Getrenntes ‚begründet‘ wird.

und trägt – ohne die ein abstrakt wertorientiertes Wirtschaften nicht funktionieren kann. Deutlich wird der geschlechtshierarchische Charakter dieser Struktur: Was am Markt geschieht, ist sichtbar, wertschaffend und wertvoll, und es wird bezahlt. Was jenseits des Marktes geschieht, ist unsichtbar, wird als nicht wertschaffend und wertlos abgewertet; es bleibt daher unbezahlt. Dieser Bereich ist historisch und traditionell Frauen zugeordnet, größtenteils auch heute noch. In der Transformationsdebatte fehlt jedoch nach wie vor ein Verständnis für diese strukturelle Ausgrenzung: Ökonomie bleibt weiterhin auf Märkte beschränkt, auch wenn diese, wie z. B. in den beiden genannten WBGU-Gutachten vorgeschlagen, durch gesellschaftlichen Einfluss verändert werden.<sup>3</sup> Die nichtmarktliche Ökonomie – mit dem Kern der unbezahlten Arbeits- und Naturleistungen – bleibt unsichtbar. Die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft kann nur gelingen, wenn es gelingt, ‚Natur‘- und Arbeitsproduktivität als einen sozial-ökologischen Vermittlungsprozess auszugestalten und diesen ins Zentrum ökonomischen Denkens und Handelns zu stellen.

Eine weitere transformative Herausforderung spiegelt sich in der Debatte um die Rolle verschiedener Akteure wider (WBGU 2011: 255 ff.). Es geht um Menschenbilder: Was wird wem im Transformationsprozess zugetraut, wo finden sich sozial-ökologisch orientierte, langfristig ausgerichtete und daher vorsorgende Handlungsmotive? Ökonomisch formuliert: Wo lassen sich entsprechende Präferenzen ausmachen, und wie werden sie geprägt und verändert? Die ökonomische Theorie kennt diese Debatte um komplexe Präferenzstrukturen wie auch um veränderliche Präferenzen schon lange. Der ‚homo oeconomicus‘ mit seiner extern gegebenen, eigennützig und kurzfristig orientierten, widerspruchsfreien Präferenzordnung ist in einigen Teilen der Wirtschaftstheorie schon jetzt dort hin verschwunden, wo er hingehört – in die historische ‚Mottenkiste‘. In der Figur des ‚Citizen Consumer‘ (WBGU 2011: 252) oder ‚Consumer Citizen‘ (WBGU 2014: 85), in der Konsument\*in und Bürger\*in zusammenwachsen, scheinen diese komplexeren Präferenzen durch. Die Fähigkeit dieser ‚BürgerKonsument\*innen‘ zur Verantwortung könnte nachhaltigen Konsum voranbringen – wenn sie nicht gefangen wären in der unangetasteten Externalisierungsstruktur, die den Blick auf sie nur als Konsument\*innen, nicht aber als produktiv Tätige ermöglicht. Eine eigenständige Transformationsrolle der ökonomischen Akteur\*innen jenseits des Marktes wird somit von vornherein ausgeschlossen. Auf der Produzent\*innen-Seite bleibt die Debatte noch stärker im Alten stecken: Produzent\*innen sind aus eigenem Antrieb unfähig zum Wertewandel, sie reagieren nur ihrem Gewinn- oder Renditeinteresse gemäß auf den Wertewandel der Konsument\*innen. Im Sondergutachten (z. B. WBGU 2014: 98) vermischen sich die Sphären von Produzent\*innen und Konsument\*innen.

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu ausführlich Biesecker/Breitenbach/v. Winterfeld 2015.

Und an einigen Stellen hat das Bild des alten ‚homo oeconomicus‘, an anderen das neue des verantwortlichen, gemeinwohlorientierten Menschen die Oberhand (z. B. WBGU 2014: 85). In den Handlungsempfehlungen jedoch kommen diese ‚neuen‘ Menschen nicht vor. Ähnlich ergeht es der Zivil- oder Bürger\*innengesellschaft als Mitgestalterin. Ihre Teilhabe wird zwar gefordert, scheint aber oft oktroyiert, indem der ‚gestaltende Staat‘ (WBGU 2011: 215 ff.) vorgibt, welche Art von bürgergesellschaftlichem Engagement gewünscht ist. Der WBGU verkennt, dass sich Bürgerbewegungen nicht von oben steuern lassen. Insgesamt hat der Rat nicht den Mut, sie ihren emanzipativen Charakter entfalten zu lassen (vgl. Biesecker/Breitenbach/v. Winterfeld 2015).

Weitere transformative Herausforderungen ergeben sich aus der Bestimmung des Charakters und der Rolle des Staates und, damit verbunden, der Rolle von Politik. Für den WBGU (2011: 215 ff.) ist der Staat ein ‚gestaltender Staat‘, der in der Tradition des ‚aktivierenden Staates‘ der Agenda 2010 steht. Er wird als zentraler Akteur der Transformation hin zu einer klimaverträglichen Gesellschaft verstanden. Er hat die Aufgabe, einen neuen Ordnungsrahmen zu schaffen und insbesondere die gesamte ökonomische Ordnungspolitik sowie Anreizsysteme für klimaverträgliche Investitionen umzugestalten. Gesprochen wird von der Wiedereinbettung der Märkte in Gemeinwohlinteresse und von einer Neuorganisation von Verantwortung in der Gesellschaft, für die der Staat sorgen soll. Das birgt durchaus einen emanzipativen Charakter, weil so das Verhältnis von Politik und Ökonomie neu definiert werden könnte. Die Forderung nach einem „Mehr“ an bürgerschaftlichem Engagement“ (WBGU 2011: 216), soll dabei die Legitimation der demokratischen Gemeinwesen erhöhen und so zur Emanzipation zivilgesellschaftlicher Akteure beitragen.

Aber dann setzt sich doch wieder das alte Muster durch, und der WBGU argumentiert im herkömmlichen Ökonomieverständnis, das kein Vorankommen nachhaltiger Transformationsprozesse ohne Wettbewerbsfähigkeit sieht (z. B. WBGU 2011: 307). Die Unvereinbarkeit dieses Ökonomieverständnisses mit dem Politikbild einer erweiterten Partizipation spiegelt sich wider in Entmutigungsprozessen bei den Bürger\*innen, die ihre zivile Kultur der Kooperation und Teilhabe aufgrund von Setzungen der globalen Ökonomie oftmals eben nicht leben können.

Es lässt sich somit eher eine Ökonomisierung des Politischen als eine Politisierung des Ökonomischen beobachten. Daneben wird die Trennung von Marktökonomie und Zivilgesellschaft re-etabliert: Wettbewerb, Renditeerwartungen und Eigennutz werden am Markt, Kooperation, Gestaltungswille ohne Gewinnabsicht, Solidarität werden außerhalb, vor allem in der politisierten und nachhaltigkeitsorientierten Zivilgesellschaft, verortet und damit im Nichtmarktlichen, Nichtökonomischen. Der Staat bleibt schließlich zwischen diesen beiden Seiten und versucht, steuernd

Interessen auszugleichen, indem er (Nachhaltigkeit) fordert und fördert, was mindestens zwei Herausforderungen für eine Transformation zu einer nachhaltigen Weltgesellschaft birgt:

Es hieße erstens, der ökologischen Transformation hin zu einer klimaverträglichen Gesellschaft konkrete sozialpolitische Transformationen beiseite zu stellen (vgl. Weller et al. 2016), die vom Prinzip der Vorsorge geleitet werden. Das würde bedeuten, das noch wenig explizite Gerechtigkeitsprinzip<sup>4</sup>, dem gemäß zukünftige Generationen in heutige Entscheidungen einzubeziehen sind, politisch zu verankern und es mit den demokratiethoretisch basierten Überlegungen zum gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten zu verknüpfen. Hier birgt der Gesellschaftsvertrag des WBGU (2011) erste Ansätze für eine nachhaltige Gesellschaft, da die Mitglieder in Anbetracht ihrer unterschiedlichen Bedürfnis- und Vermögenslagen erkannt und einbezogen werden. Implizit wird damit auf Gerechtigkeitsprinzipien und problematische Externalisierungsstrukturen hingewiesen. Es hieße zweitens, feministische Debatten und damit die Dimension der „transformativen Gerechtigkeit“ (Fraser 2001) einzubeziehen. Denn eine Gerechtigkeitskonzeption, die auf einem globalen Emissionsbudget basiert und in durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbräuchen rechnet, bleibt „affirmativ“ (ebd.), sie korrigiert Ungerechtigkeit innerhalb der gegebenen Struktur. Transformative, diese Struktur verändernde Züge erhält sie dagegen, wenn sie z. B. CO<sub>2</sub>-arme Lebens- und Wirtschaftsweisen anerkennt und ermöglicht.

Auch aus der Analyse des Themenfeldes Wissen und Wissensgenerierung ergeben sich transformative Herausforderungen. So nennt der WBGU (2011: 344) drei Ebenen, auf denen Forschung die Transformation idealerweise unterstützen sollte: „(1) [...] Entwicklung und Bewertung von klimaverträglichen Alternativen in Form von technologischen und sozialen Innovationen, (2) [...] Bestimmung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Verbreitung dieser Innovationen sowie (3) [...] Entwicklung politischer Strategien und Instrumente zur Gestaltung der Transformation“.

Aus der Perspektive einer Geschlechterverhältnisse reflektierenden Nachhaltigkeitsforschung fällt vor allem auf, dass in den Ausführungen des WBGU zum Themenbereich Wissen (Forschung und Bildung, WBGU 2011: 341 ff.) herrschafts- und/oder machtkritische Perspektiven nicht explizit als für die Transformation notwendig benannt werden. Sie sind nicht Strukturmerkmal des Transformations- und transformativen Wissens (ebd.), obgleich dies durch die vom

---

<sup>4</sup> ‚Gerechtigkeit‘ wird vom WBGU (2014: 43) über den Budgetansatz definiert, der drei Gerechtigkeitsprinzipien enthält: „Der Budgetansatz basiert auf einer klaren und transparenten Verteilungsgerechtigkeit, bei der jedem Menschen gleiche Emissionsrechte zugesprochen werden (Gleichheitsprinzip). Gleichzeitig wird, gemäß der 2°C-Leitplanke, eine Obergrenze an Emissionen festgelegt (Vorsorgeprinzip), aus der sich in Anbetracht der historischen und gegenwärtigen Emissionen unterschiedliche Verantwortlichkeiten ergeben (Verursacherprinzip).“

Rat postulierte inter- und vor allem transdisziplinäre Ausrichtung der Forschung nahe gelegt wird.

Die Integration von Geschlechterperspektiven in die vom WBGU formulierten Empfehlungen für eine inter- und transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung birgt Potentiale hinsichtlich der Erweiterung von Erkenntnis- und damit auch von Transformationsmöglichkeiten. So können Geschlechterperspektiven als ‚eye-opener‘ für Ungleichheitslagen, dichotome Strukturen, Machtverteilungen, Abspaltungen sowie Auf- und Abwertungen im Kontext gesellschaftlicher Naturverhältnisse fungieren. Sie richten den Blick auf Macht- und Herrschaftsstrukturen, die im Kontext einer Transformation in einen nachhaltigen Entwicklungsmodus bedeutsam sind (Hofmeister/Katz/Mölders 2013).

Sabine Höhler (2015) hat gezeigt, dass in der Nachhaltigkeitsforschung häufig von einer Kultur/Gesellschaft vorgängigen Natur ausgegangen wird – einer ‚Natur‘, die politischen Aushandlungsprozessen nicht zugänglich ist. Auch Sybille Bauriedl (2013) zeigt, dass und inwieweit in Klimaforschung und -politiken Geschlechterhierarchien (re)produziert werden und welche ungenutzten Potentiale intersektionale Forschungsansätze für die Analyse der Ursachen und Folgen des Klimawandels enthalten.

Im Hinblick auf die Forschung, die zur Generierung des Wissens für die „Große Transformation“ benötigt wird, fordert der WBGU eine langfristig angelegte, inter- und transdisziplinäre Forschung, welche auch der Globalität und Beschleunigung der Transformation Rechnung tragen soll (WBGU 2011: 343 f.). In vielen Bereichen entspricht diese Forderung dem, was in Deutschland – wenn auch in vergleichsweise geringem Umfang – z. B. durch den Förderschwerpunkt Sozialökologische Forschung (SÖF) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt wird. Die aktuelle Forschungslandschaft weist laut WBGU jedoch auch Barrieren auf, mit denen die Transformationsforschung konfrontiert ist. So seien es vor allem die bestehenden Anreiz-, Akkreditierungs- und Evaluationsmechanismen, die interdisziplinäre Forschung nicht ausreichend förderten: Interdisziplinäres Arbeiten wirke sich bei leistungsorientierter Mittelvergabe nachteilig für die Forscher\*innen aus, da es nicht entsprechend gewürdigt und berücksichtigt werde und sich Universitäten immer stärker auf ihre Kernforschungsbereiche konzentrierten (WBGU 2011: 373).

Die Ergebnisse aus drei sondierenden Interviews, die im Rahmen des Projektes geführt wurden, zeigen Schnittmengen mit der vom WBGU geäußerten Kritik auf und verdeutlichen zudem transformative Herausforderungen hinsichtlich der Generierung wissenschaftlichen Wissens für eine genderreflektierende Nachhaltigkeitsforschung. Diese liegt in doppelter Weise quer zur disziplinären Forschung, da sie zwei interdisziplinär angelegte Forschungsbereiche verbindet. Sie

ist daher in besonderer Weise von der disziplinären Organisation des Wissenschaftssystems betroffen. So stellt sich in disziplinär organisierten Institutionen etwa die Frage, wo inter- und transdisziplinär ausgerichtete Qualifizierungsarbeiten, Projekte und Professuren angesiedelt werden können, welchen (Macht-)Strukturen sie in entsprechenden Konstellationen unterworfen sind und welche Konsequenzen dies für genderreflektierende Nachhaltigkeitsforschung hat. Des Weiteren zeigen die Interviews, dass in wissenschaftlichen Institutionen das Bewusstsein für die Relevanz sowie für die Potentiale transformativer, genderreflektierender Nachhaltigkeitsforschung z. T. (noch) fehlt und/ oder entsprechende Forschungen nicht unterstützt werden. Innovative Ansätze in diesem Bereich der kritischen Nachhaltigkeitsforschung werden häufig von jungen Wissenschaftlerinnen entwickelt und verfolgt; diese bleiben im klassischen Wissenschaftssystem jedoch häufig unsichtbar. Die Gründe hierfür werden u. a. in der Abhängigkeit von Drittmittelforschung gesehen.<sup>5</sup> Der WBGU empfiehlt explizit die Aufstockung der Nachhaltigkeitsforschung des BMBF, „[...] insbesondere [der] FONA (Forschung für Nachhaltige Entwicklung, d. Verf.) und [...] [der] sozial-ökologische[n] Forschung [...]“ (WBGU 2011: 381). Hier eröffnen sich sehr konkrete Möglichkeiten für die Stärkung einer genderreflektierenden Nachhaltigkeitsforschung. Forschungsförderprogramme sollten zudem strukturbildende Aspekte stärker integrieren und ‚capacity building‘ fördern (Schneidewind 2015: 277 f.). Eine weitere Erkenntnis aus der Projektarbeit ist, dass Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft gendersensible Nachhaltigkeitsforschung produktiv fördern können. So kann etwa politischer Aktivismus Aufmerksamkeit für gesellschaftlich relevante Problemstellungen schaffen und auf diese Weise genderreflektierende Nachhaltigkeitsforschungen anstoßen.

Indem eine kritische genderreflektierende Nachhaltigkeitsforschung systematisch gestärkt wird, können die ‚blinden Flecken‘ in der Transformationsdebatte aufgedeckt und neue Erkenntnis- und Transformationsperspektiven eröffnet werden.

Schauen wir zusammenfassend auf die Herausforderungen in der Transformation – auf die Überwindung des auf Marktökonomie verengten Ökonomiekonzepts, auf Politik, die diese ganze Ökonomie gestaltet, auf ein neues Menschenbild und Handlungsräume für soziale Bewegungen, auf transformative Sozialpolitik und transformative Gerechtigkeit sowie auf die Ermöglichung genderreflektierender Nachhaltigkeitsforschung – so zeichnet sich ein Verständnis von Nachhaltigkeit als ein Leitziel ab, in dem die Gerechtigkeits- und Integrationsgebote ernst genommen

---

<sup>5</sup> In den Interviews wurde auch betont, dass Programmausschreibungen für Nachhaltigkeitsforschung eine Integration von Geschlechterperspektiven häufig nicht (ausreichend) nahelegen, was zu Hemmnissen für diesen Forschungstypus führe.

werden. Nachhaltige Entwicklung ist dann als eine Transformation des Ökonomischen und des Politischen zu verstehen, wofür neues Wissen, wie ausgeführt, erforderlich ist.

Auf diesem Verständnis von Nachhaltigkeit beruht das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften. Es birgt dieses transformative Ökonomie- und Politikkonzept in sich und generiert neues Wissen für die und im Rahmen der Transformationsdebatte.

## Vorsorgendes Wirtschaften zwischen Kritik und Vision

Das Netzwerk ‚Vorsorgendes Wirtschaften‘ hat sich Mitte der 1990er Jahre auf Basis einer grundlegenden Kritik an der seinerzeit beginnenden politischen und (wirtschafts-)wissenschaftlichen Debatte um Nachhaltige Entwicklung konstituiert. Im Vordergrund der Arbeit des Netzwerks stand dabei von Anbeginn die aus einer feministisch ökologischen Perspektive formulierte Kritik an der Externalisierung unbezahlter, sozial weiblich zugewiesener Arbeit und den produktiven Leistungen der ‚Natur‘. Ausgehend hiervon wurde und wird für eine ökonomische Verfasstheit der Gesellschaft gestritten jenseits des für die Industriemoderne konstitutiven Trennungsverhältnisses zwischen in der ökonomischen Bewertung externalisierten sozial-ökologischen Prozessen auf der einen und der umfassenden Internalisierung der selben sozial-ökologischen Prozesse im materiellen Verwertungsprozess auf der anderen Seite. ‚Vorsorgendes Wirtschaften‘ zielt auf die Wertschätzung und auf eine politisch ökonomische Inwertsetzung dieser bisher abgespaltenen Prozesse in der sozial-ökologischen Lebenswelt ab.

Vor diesem Hintergrund formulierten die im Netzwerk assoziierten Wissenschaftlerinnen und Nichtwissenschaftlerinnen schon in ihrer ersten Veröffentlichung drei Handlungsprinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens (Busch-Lüty et al. 1994):

(1) *Vorsorge* (statt Nachsorge): Mit diesem Handlungsprinzip zielt Wirtschaften in der Gegenwart auf die (Wieder-)Herstellung der sozial-ökologischen Voraussetzungen für zukünftige Generationen, deren Bedürfnisse mindestens in gleichem Umfang und gleicher Qualität berücksichtigt werden sollen, wie die der gegenwärtig in allen Teilen der Erde lebenden Menschen. ‚Vorsorge‘ meint somit die Sorge für die zukünftige Gegenwart Anderer. Vorsorgendes Wirtschaften bedeutet einerseits Wirtschaften in Zeiten (in „Timescapes“, Adam 1998) – das heißt, die Beachtung der verschiedenen Zeitskalen, Zeitmuster und -qualitäten der verschiedenen am Wirtschaftsprozess beteiligten menschlichen und nichtmenschlichen Akteure in der Gegenwart. Vorsorgendes Wirtschaften meint andererseits auch Wirtschaften im Zeitkontinuum – das heißt, ein auf die zukünftige Gegenwart anderer Menschen und nichtmenschlicher Wesen zielendes Wirtschaften in der Gegenwart, das die physisch materiellen Resultate vergangener Wirtschaftsprozesse aufnimmt und transformiert (Adam/Groves 2007, Biesecker/Hofmeister 2013).

(2)*Kooperation* (statt Konkurrenz): Mit der Formulierung dieses Handlungsprinzips betont das Netzwerk, dass die Herstellung von Gütern und Leistungen – im und jenseits des Marktes – grundsätzlich der Kooperation verschiedener marktlicher und nichtmarktlicher Akteure bedarf. Die Qualität der Produkte wird sich im Sinne des Leitbilds Nachhaltigkeit daran messen lassen, ob und wie weit sie sich als zukünftig verfügbare Quellen der Wirtschaftsaktivitäten künftiger Generationen eignen. Da sich der Begriff Kooperation auf ‚Arbeit‘ und mithin auf menschliche Akteure im Kooperationsprozess bezieht, läuft die Formulierung dieses Handlungsprinzips tendenziell Gefahr, die Beteiligung nicht-menschlicher Wesen, Räume und Zeiten an den vorsorgenden Wirtschaftsprozessen aus dem Blick zu verlieren. ‚Kooperation‘ fokussiert daher hier auf die bewusste Vermittlung zwischen Arbeits- und Naturproduktivität im Blick auf ein künftig als Quelle des Wirtschaftens taugliches ‚Natur‘-Produkt. Mit der Formulierung dieses Handlungsprinzips wird explizit die in den Transformationsdebatten dominierende Auffassung von ‚gegebenen‘ natürlichen Ressourcen Grundlagen bzw. von „planetarischen Leitplanken“ (WBGU 2011), in die sich die wirtschaftenden Menschen der Gegenwart ‚einzubetten‘ und an denen sich ihr Handeln auszurichten hätte, kritisiert: Diese restriktive Sicht auf ‚Natur‘ verkennt einerseits, dass schon die gegenwärtig genutzten Naturre Ressourcen und -prozesse Resultat sozial-ökologischer Vermittlungsprozesse sind. Andererseits läuft sie Gefahr, die auch künftig aktive Rolle menschlicher Akteure an der vorsorgenden Gestaltung künftig nutzbarer ‚Natur/en‘ zu leugnen. Das Handlungsprinzip Kooperation im Konzept Vorsorgendes Wirtschaften weist demgegenüber auf eine aktive Vermittlungsaufgabe zwischen menschlicher ‚Arbeit‘ (Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit) und ‚Natur‘-Prozessen hin.

(3)*Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen*: Dieses dritte Handlungsprinzip wird innerhalb des Netzwerkes Vorsorgendes Wirtschaftens immer wieder neu diskutiert<sup>6</sup>, weil es schwer ist, nicht in eine normative Falle zu tappen. Denn einerseits kann ‚gutes Leben‘ nicht verordnet werden. Würde es aufgeherrscht, so wäre es zugleich an sein Ende gekommen. Doch andererseits ist ein Moment des Essentialismus in der Politik nötig, wenn nicht alles einem ‚Spiel der freien Kräfte‘ überlassen werden soll. Im Fähigkeiten-Ansatz von Martha Nussbaum (2011), auf den sich dieses Handlungsprinzip stützt, steckt ein solches essentialistisches Moment. Denn sie formuliert zehn grundlegende Fähigkeiten, die für alle Menschen und nichtmenschlichen Lebewesen (insbesondere für Tiere) in allen Kulturen gelten. Ihr Menschenbild ist eines, das auf Würde beruht und Beziehungsfähigkeit voraussetzt – zu sich selbst, zu anderen Menschen, zur Natur. Politik soll an diesem Menschenbild anknüpfen, soll die Bedingungen für die Entwicklung dieser Fähigkeiten schaffen. Vor diesem Hintergrund zielt das Handlungsprinzip auf die Ausgestaltung einer über das ‚gute Leben‘ ver- und aushandelnden Gesellschaft – eine Gesellschaft, die es versteht, prozessuale

---

<sup>6</sup> So hieß es ursprünglich „Orientierung am guten Leben“ (Busch-Lüty et al. 1994) und wurde durch eingehende Diskussion in die gegenwärtige Formulierung verwandelt.

Anforderungen (Partizipation, ausgleichende Gerechtigkeitspolitiken) mit substanziellen Nachhaltigkeitszielen (Gestalten durch Erneuern) zu vermitteln. Welche Produkte und Leistungen, dem ‚guten Leben‘ in der Gegenwart zuträglich sind und welche zugleich die Fähigkeiten künftiger Generationen, gut zu leben, befördern, wird in einer nachhaltigen Gesellschaft Gegenstand politischer Aushandlungen vor und im ökonomischen Handeln sein. Auch dieses Handlungsprinzip vorsorgender Ökonomie ist somit auf die Prozesse des Hervorbringens von ‚gutem Leben‘ – auf das Werden in Prozessen – und nicht nur auf Erhalten dessen, was in der Gegenwart als ‚gutes Leben‘ gilt, gerichtet.

In der Perspektive des ‚Vorsorgenden Wirtschaftens‘ und aufbauend auf den drei Handlungsprinzipien unterscheidet sich ‚Nachhaltigkeit‘ deutlich von dem die Transformationsdebatten noch dominierenden Nachhaltigkeitsverständnis – und zwar unter folgenden Aspekten:

- Eine vorsorgende, auf Nachhaltigkeit zielende Gesellschaft bestimmt sowohl Ökonomie als auch Politik sowie deren Verhältnis neu. Es sind sozial-ökologische Kriterien, die dem ökonomischen Handeln zugrunde liegen.
- Eine vorsorgende, auf Nachhaltigkeit zielende Ökonomie bestimmt das Verhältnis von Natur und Gesellschaft insofern neu, als es nicht von ontologisch getrennten Entitäten, sondern von unauflösbaren Vermittlungszusammenhängen zwischen diesen beiden gesellschaftlich konstruierten und historisch veränderlichen Polen ausgeht.
- Eine vorsorgende, auf Nachhaltigkeit zielende Ökonomie basiert auf neuem Wissen. Ihm eingeschrieben ist das grundlegende Wissen über Nichtwissen, Ungewissheit und Unsicherheit im Blick auf gesellschaftliche Naturverhältnisse und somit die Gewissheit über eine offene Zukunft.
- Eine vorsorgende, auf Nachhaltigkeit zielende Ökonomie stellt sich der Aufgabe, durch das Handeln in der Gegenwart und auf Basis der Resultate vergangener ökonomischer Handlungen Zukunft als Gegenwart Anderer bewusst und verantwortlich zu gestalten.

Die Transformation in eine vorsorgende, nachhaltige Ökonomie wird aus dieser Perspektive als ein *emanzipativer* Prozess verstanden – ein Prozess, der nicht nur auf das Erhalten sozial-ökologischer Lebenswelten der Gegenwart, sondern vor allem auf das Gestalten von zukünftiger gesellschaftlicher Naturverhältnisse gerichtet ist. In diesem Prozess werden Geschlechterverhältnisse als Teil gesellschaftlicher Naturverhältnisse notwendig (mit)transformiert: Statt sozial weibliche Tätigkeiten als ökonomisch unsichtbare, externalisierte Leistungen zu erhalten und sie als solche (wie ‚Naturleistungen‘) als gegeben anzunehmen und durch Negation zu externalisieren, kommt es darauf an, sie als Grundlage und ‚Treiber‘ sozial-ökologischer Transformationsprozesse zu begreifen. Jenseits des Natur-Kultur/Gesellschaft-Dualismus und jenseits des Diktats von einem Konzept der Zweigeschlechtlichkeit wird vorsorgendes ökonomisches Denken und Handeln möglich.

Dies wird entscheidend in Bezug auf ein Verständnis von der ‚Großen Transformation‘, in der das fossile Energiesystem in ein auf erneuerbaren Energien basierendes System verwandelt wird.

## Transformationsfeld Energie

Das Transformationsfeld ‚Umbau der Energiesysteme‘ ist das zentrale Element der ‚Großen Transformation‘. Die zwei weiteren Transformationsfelder ‚Urbanisierung‘ und ‚Landnutzung‘ (WBGU 2011: 3 f.) sind in hohem Maße abhängig davon, ob und wie der Übergang in eine postfossile Gesellschaft gestaltet werden wird.

Indem der Beirat diesen Zusammenhang herstellt, geht er über die bisherige Debatte zur Energiewende hinaus: Wird hier die Umstellung der Energie- bzw. Stromversorgung noch auf technisch ökonomische Aspekte verkürzt diskutiert, so wird im Hauptgutachten (WBGU 2011) mit Verweis auf die *drei* zentralen Transformationsfelder schon deutlich, dass eine Wende hin zur Nutzung ‚neuer Energien‘ in ‚alten (gesellschaftlichen) Verhältnissen‘<sup>7</sup> nicht gelingen wird: Ohne die Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse – und mit diesen eng verwoben gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse – wird die Energiewende nicht realisiert werden können.

Entgegen dieser Einsicht werden die politischen Debatten um die Energiewende in ihrer medialen Darstellung häufig technologie-, markt- und kostenfixiert geführt. Sollten nichtnachhaltigkeitsorientierte Narrative, Vorstellungen und Leitbilder die politischen Debatten um die Energiewende dominieren und der politische Energiewendediskurs somit Blindstellen und Machtverhältnisse unreflektiert reproduzieren, würde dies aus Sicht des ‚Vorsorgenden Wirtschaftens‘ eine Transformation zur Nachhaltigkeit hemmen oder sogar blockieren.

Ausgehend von dieser Annahme wurden im Rahmen des Verbundvorhabens Leitfaden gestützte Expert\*inneninterviews mit Repräsentant\*innen aus Schlüsselakteursgruppen zur Energiewende durchgeführt.<sup>8</sup> Interviewt wurden Vertreter\*innen aus dem Bundestag, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Sachverständigenräten, der wissenschaftlichen Politikberatung, industriellen Interessensverbänden und Energiekonzernen.<sup>9</sup> Ziel war es, erste Anhaltspunkte über dominante Leitbilder, Themen, Wertvorstellungen, blinde Flecken und strukturelle Ungerechtigkeiten in den politischen Debatten um das Transformationsfeld Energie zu erhalten.

---

<sup>7</sup> So auch der Titel eines Workshops im Rahmen der Abschlusskonferenz des Projektes TraVo am 11. und 12.07.2016 in Lüneburg (vgl. ausführlich Friedrich 2016).

<sup>8</sup> Auch andere Akteur\*innen wurden befragt, die in diesem Aufsatz nicht zu Wort kommen: Uta von Winterfeld, Sarah Breitenbach und Adelheid Biesecker führten transdisziplinäre Dialoge in Form von explorativen Expert\*innen-Interviews durch und verdichteten sie zu „Transformativen Erzählungen“. (Biesecker/Breitenbach/v. Winterfeld 2016a)

<sup>9</sup> Kriterium für die Auswahl der Repräsentant\*innen war deren Einflussmöglichkeit auf formale politische Debatten, wie sie im Bundestag geführt werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung können in *vier zentralen Aussagen* gebündelt werden:

*1. Die von den Befragten benannten zentralen Handlungsfelder sind eher marktlich, kosten- und technisch orientiert, obwohl eine breite Beteiligung der Bevölkerung als essentielle Errungenschaft der Energiewende gesehen wird.*

Als zentrale Handlungsfelder benannten die Befragten die Überwindung der Fokussierung der Energiewende auf Strom, ihre Erweiterung auf den Wärme- und Verkehrsbereich, die Entwicklung von Technologien, wie z. B. Speicher, die Weiterentwicklung des Strommarktdesigns, aber auch die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten. Die Berücksichtigung von Aspekten, die die Verstetigung und Nachhaltigkeit des Energiewendeprozesses betreffen, wie z. B. Ressourcennutzungen, fehlt in der Problemwahrnehmung. Ebenso soziale und gesellschaftspolitische Themen, wie die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, welche zwar auf Nachfrage von allen als wichtig erachtet, im Hinblick auf ihre Rolle in politischen Debatten jedoch als eher untergeordnet bewertet wurden. Private Akteur\*innen wurden häufig auf ihre ökonomische Funktion als Verbraucher\*innen reduziert, denen ein nachhaltiger Konsum, z. B. durch Subventionierung technischer Geräte, ermöglicht werden soll. Auch hier wird wieder die Dichotomisierung der beiden Sphären – Produzent\*innen in der einen, Konsument\*innen in der anderen – deutlich. Gleichwohl teilten die Befragten die Ansicht, dass die Energiewende prinzipiell mit Dezentralisierung und somit mit mehr Offenheit und Beteiligung im Gegensatz zu einer Konzentration auf große Konzerne in Verbindung stehe. Dies deutet darauf hin, dass die Entwicklung hin zu „Citizen Consumern“ sehr wohl positive und auch positiv wahrgenommene Folgen hat, die jedoch aufgrund der verengten Sichtweise auf die technischen und marktlichen Aspekte der Energiewende nicht ausreichend gewürdigt werden. In den Augen der Befragten, hat diese bürgerschaftliche Initiative die Energiewende erst interessant gemacht und trägt maßgeblich zu ihrer nachhaltigen Gestaltung bei.

*2. Im Zuge neuerer Entwicklung verstärkt sich die Marktorientierung der Energiewende, die Politik gibt Gestaltungsmacht ab.*

Nach Aussagen der Befragten konterkarieren jedoch neuere rechtliche Änderungen, wie z. B. das Ausschreibungs-Design<sup>10</sup>, dem allerdings entgegen und konterkarieren Errungenschaften in Dezentralisierung und Beteiligung. Habe die Politik in den ersten Jahren eine gestaltende Rolle eingenommen, werden politische Entscheidungen nun zunehmend auf den Markt verlagert. Hier werden asymmetrische Kräfteverhältnisse, die einen Großteil der kleinen Akteur\*innen von

---

<sup>10</sup> Das BMWi schreibt zum Ausschreibungsdesign (EEG 2017): „Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) haben wir bereits grundlegende Weichenstellungen vorgenommen, um die Erneuerbaren planbar und verlässlich ausbauen und sie fit für den Markt zu machen. Das EEG 2017 läutet nun die nächste Phase ein- und die ist ein Paradigmenwechsel: Die Vergütungshöhe des erneuerbaren Stroms wird ab 2017 nicht wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt werden. Denn die erneuerbaren Energien sind erwachsen geworden - und fit genug, sich dem Wettbewerb zu stellen“ (<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/eeg-2017-wettbewerbliche-verguetung.html>; aufgerufen: 18.12.2016).

der Teilnahme an Ausschreibungen ausschließen, ausgeblendet, eine breite Beteiligung wird der Kosteneffizienz untergeordnet.

Diese Entwicklung widerspricht der vom WBGU geforderten Rolle des ‚gestaltenden Staates‘ und verweist auf die Tendenz, keine Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu übernehmen – womöglich auch in dem Wissen, dass die Durchsetzung nachhaltiger Ziele gegen die Interessen etablierter und mächtiger Wirtschaftsvertreter\*innen auf Widerstand stoßen könnte. Jedoch blendet die Erwartung, dass die Märkte die Energiewende ohne gestaltendes und steuerndes Eingreifen des Staates in gegebener Zeit umsetzen werden, Machtverhältnisse aus und steht im diametralen Gegensatz zum oben dargelegten Vorsorgegedanken.

Angemerkt wurde auch, dass die Dominanz herkömmlicher ökonomischer Wertvorstellungen durch die Verlagerung politischer Entscheidungen vom Umwelt- in das Wirtschaftsministerium institutionell gestärkt wurde.

*3. Geschlechterperspektiven spielen in den Debatten bislang kaum eine Rolle und waren den befragten Akteur\*innen weitgehend unbekannt.*

Geschlechterperspektiven, die über reine Repräsentationsfragen hinausgehen, waren den Befragten weitgehend unbekannt. Zwar sahen sie die Notwendigkeit, mehr Frauen im Energiebereich zu beteiligen – strukturelle Ungerechtigkeiten, beispielsweise durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oder mögliche Implikationen für eine inhaltliche politische Gestaltung der Energiewende wurden aber nicht benannt. Die Relevanz dieser Perspektiven wird anscheinend nicht verstanden.<sup>11</sup> Eher war die Tendenz erkennbar, Geschlechterperspektiven nicht als Instrument zur Erwirkung von Geschlechtergerechtigkeit zu sehen, sondern das Verwertungsinteresse an geschlechtsspezifischen Erkenntnissen, bspw. über das Konsumverhalten von Frauen, in den Mittelpunkt zu stellen.

Dies bestätigt noch einmal unsere in der Projektarbeit entwickelte Kernthese, nämlich dass Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit zwar in den jeweiligen Expert\*innenkreisen diskutiert werden, eine gemeinsame Betrachtung jedoch weitgehend ausbleibt. Dagegen stellt die Integration von Gerechtigkeitsaspekten aus Sicht des ‚Vorsorgenden Wirtschaftens‘ eine ebenso komplexe wie notwendige Aufgabe dar, die z. B. durch eine verstärkte Forschungsförderung in der Schnittfläche Gender und Nachhaltigkeit zu realisieren wäre.

*4. Die Debatten um die Energiewende verbleiben aktuell auf der handlungspolitischen Ebene, transformative Wertvorstellungen können sich so nicht durchsetzen.*

Obgleich die Befragten grundsätzlich eine gesellschaftliche Transformation als notwendig erachten, führt diese Erkenntnis noch nicht dazu, dass sich auch gesellschaftliche Wertvorstellungen einem tiefgreifenden Wandel zu stellen haben.<sup>12</sup> Auffällig war, dass die Inhalte politischer Debatten, wie sie sich in der

---

<sup>11</sup> Dies zeigte sich auch in regelmäßigen Nachfragen der Befragten an die Interviewerin.

<sup>12</sup> In den Gesprächen kam dies insbesondere dadurch zum Ausdruck, dass sich die Interviewpartner\*innen argumentativ auf traditionelle ökonomische Normen (z. B. Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz) stützten.

Untersuchung darstellten, zumeist auf der handlungspolitischen Ebene zu verorten waren. Für eine Transformation und in Hinblick auf die Herausforderung breit geteilter Wertvorstellungen und Machtverhältnisse wären allerdings Diskurse auf einer paradigmatischen Ebene notwendig. Denn nur ein „Paradigmen-Diskurs“ ermöglicht die Verschiebung des „kognitive[n] wie normative[n] [...] handlungspolitischen Rahmens“ (Mikfeld/Turowski 2013: 43). Obgleich sich der Energiewendediskurs anfangs durchaus als ein Paradigmendiskurs dargestellt und im öffentlichen Bewusstsein durchgesetzt haben mag, weist die Untersuchung darauf hin, dass nunmehr ein Rückzug des Diskurses auf die handlungspolitische Ebene stattfindet. Die Chance, Machtverhältnisse und Wertvorstellungen zu transformieren, wird damit vertan. Normative ökonomische Wertvorstellungen werden kaum hinterfragt, sondern als selbstverständlich vorausgesetzt und so als quasi „natürliche Wissensordnungen“ (ebd.: 45) etabliert. In handlungspolitischen Debatten wird auf diese unhinterfragten Wertvorstellungen zwar als normative und argumentative Basis Bezug genommen, dies wird jedoch nicht reflektiert. Auf diese Weise scheint sich ein „ideologischer Beharrungsdiskurs“ (ebd.: 34) durchzusetzen, welcher die Reproduktion alter Muster unterstützt und transformative Chancen ungenutzt lässt. Die zentrale Frage, wie ein nachhaltiges Leben in der Zukunft aussehen könnte, wird unter Rekurs auf althergebrachte, kritikwürdige Muster und daher wenig offensiv beantwortet. Eine umfassende, (im Wortsinn) große Transformation hin zu einer vorsorgenden, nachhaltigen Ökonomie wird auf diese Weise blockiert.

Die Ergebnisse unserer Forschung bestätigen die eingangs formulierte These, dass ein Verständnis von ‚Nachhaltigkeit‘, das Gerechtigkeitsgebote und Integrationsgebote ernst nimmt, also nachhaltige Entwicklung als eine Transformation des Ökonomischen und des Politischen versteht – und damit auch die Energiewende in ein umfassendes Transformationskonzept einbettet – im Energiewendediskurs (noch) fehlt und dass es dort, wo es schon aufscheint, marginalisiert wird.

## **Transformative Potentiale**

In der Transformation bilden sich neue gesellschaftliche Naturverhältnisse aus. In der Energiewende zeigt sich dies vor allem im Blick auf räumliche Strukturen und Beziehungen: So werden die im fossilen Energiesystem dominanten zentralen Raumbeziehungen tendenziell durch dezentrale Produktionsstrukturen ersetzt. In der Fläche ausgedehnte Produktionsanlagen (Windkraftanlagen, Freiflächenphotovoltaik und der Anbau biogener Energieträger für den Betrieb von Biogasanlagen) sind die sichtbaren Merkmale der neuen ‚Energielandschaften‘ (u. a. Gailing/Leibenath 2011; Kühne 2013: 245; Hofmeister/ Scurrall 2016). Der Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse zeigt sich auch in zeitlicher Dimension: Postfossile Energieerzeugung bleibt gebunden an diskontinuierlich verfügbare Quellen, wie Wind, Wasser und Sonne. Das für das fossile Energiesystem als

konstant angenommene Angebot an Energie erweist sich in der Transformation als Chimäre. Deutlich wird nun, dass es die Produktionszeiten natürlicher Systeme sind, die das Ressourcenangebot qualitativ und quantitativ rahmen. Die postfossile Gesellschaft wird sich der raum- und zeitlichen Kontextgebundenheit ihres Energiesystems bewusst – und mithin auch der bislang im Ökonomischen abgespaltenen Dimension der Naturproduktivität. Das Trennungsverhältnis zwischen ökonomisch bewerteter Materie als ‚produktiv‘ und externalisierten, als vermeintlich un/reproduktiv abgespaltenen Prozessen bricht auf. Die Prämisse der Industriegesellschaft – die Dichotomie zwischen Gesellschaftssubjekt versus Naturobjekt – wird fragwürdig.

In den Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse unmittelbar eingelassen sind die sich verändernden Geschlechterverhältnisse. Im Übergang zur postfossilen Ökonomie werden auch geschlechterhierarchische Strukturen massiv erschüttert: Aus Konsument\*innen und Produzent\*innen werden ‚Prosument\*innen‘.<sup>13</sup> Aus Haushalten werden Energieerzeugungsstätten. Und aus vermeintlich reproduktiven, bäuerlichen Landschaften werden industrielle ‚Energilandschaften‘. Die die Industriemoderne prägenden geschlechtlich konnotierten Trennungsstrukturen – zwischen Stadt und Land, zwischen Erzeugung und Verbrauch, zwischen Unternehmen und Haushalten – werden zunehmend brüchig. Die geschlechtliche Arbeitsteilung verliert an Bedeutung, wo ‚reproduktive‘ Arbeit (also jene energieverbrauchenden Tätigkeiten, die in den Haushalten geleistet werden) im ‚demand response‘ System sichtbar und somit den Energieverbräuchen in Industrie und Gewerbe gleichwertig werden (Kanning et al. 2016). In der Transformation in eine postfossile, nachhaltige Gesellschaft verliert die hierarchische Trennung zwischen Produktivem und ‚Reproduktivem‘ sowie zugleich die strukturierenden Einschreibungen dieser Trennung in Räume und Zeiten nach und nach an Bedeutung. Das vormals als ‚reproduktiv‘ abgespaltene ‚Andere‘ – Natur- und sozial lebensweltliche Produktivität – drängt sich als Kern einer neuen, vorsorgenden Ökonomie in den Vordergrund.

Wie also würden politische Debatten um die Transformation geführt, die diese im Sinne des ‚Vorsorgenden Wirtschaftens‘ betrachten? Ein Perspektivenwechsel würde vorgenommen: Von der Lebenswelt würde auf die Ökonomie geblickt, nicht umgekehrt. Dadurch würden soziale Themen aufgewertet, sie würden nicht mehr marktökonomischen Zwecken unterworfen. Die zentrale Frage hieße: Wie kann eine ökologisch verträgliche Energiewende den Bedürfnissen der Menschen bestmöglich gerecht werden? Und wie kann eine Ökonomie zu diesem Zweck gestaltet werden? Dies müsste in einem diskursiven Aushandlungsprozess entschieden werden, der eine breite Beteiligung erfordert. Ein solcher Perspektivenwechsel impliziert mehr Geschlechtergerechtigkeit: Die privaten und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen würden im Gegensatz zu den (immer noch

---

<sup>13</sup> In den Energiewendebatten wird damit sichtbar, was immer schon galt: dass die unbezahlte, sog. Reproduktionsarbeit produktiv ist – dass die Trennung zwischen Produktivem und Reproduktivem also nur im Ökonomischen besteht.

männlich dominierten) marktlichen Akteur\*innen im Mittelpunkt stehen – die in den Transformationsdebatten bislang ausgegrenzte, hierarchische gesellschaftliche Arbeitsteilung käme in den Blick und dadurch auch die unbezahlte (immer noch überwiegend weibliche) Versorgungsarbeit. Die Erwerbsfixierung politischer Entscheidungen würde aufgehoben. Haushalte würden aus der ‚Privatheit‘ heraus als (Re)Produktionsstätten begriffen und nicht, wie im bisherigen Diskurs teilweise geschehen, unter dem Ziel ihrer marktkonformen Einbindung auf ihre ökonomische Funktion als Konsument\*innen/Verbraucher\*innen reduziert – sie wären wirtschaftlich und politisch handelnde Akteur\*innen, die die Energiewende aktiv mitgestalteten. Die politischen Oberziele der Energiewende würden nicht mehr durch marktökonomische Werte, wie (Kosten-)Effizienz, Wirtschaftswachstum („Green growth“) oder Wettbewerbsfähigkeit bestimmt, sondern wären auf soziale und ökologische Gerechtigkeit gerichtet. Ökonomie wäre gesellschaftlich geprägt und auf dieser Grundlage politisch gestaltet, rückgebunden an die soziale Lebenswelt und an die Rhythmen der Natur.

## Literatur

**Adam, Barbara** (1998): Timescapes of Modernity. The Environment and Invisible Hazards. London, New York.

**Adam, Barbara** (2013): Sustainability through a temporal lens: Time, future, process, in: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.), Wege Vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg, S. 115 – 130.

**Adam, Barbara; Groves, Chris** (2007): Future Matters. Action, Knowledge, Ethics. Leiden.

**Bauriedl, Sybille** (2015): Eurozentrische Weltbürgerbewegung. Zum WBGU-Sondergutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. GAIA 24/1, S. 13-16.

**Bauriedl, Sybille** (2013): Geschlechterperspektiven auf Klimawandel und -politik. In: Hofmeister, Sabine et al. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, S. 235-244

**Biesecker, Adelheid; Mathes, Maithe; Schön, Susanne; Scurrill, Babette** (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.

**Biesecker, Adelheid; Breitenbach, Sarah; von Winterfeld, Uta** (2015): Vorsorgendes Wirtschaften und transformative Gesellschaftsverträge. TraVo-Text Dezember 2015, [www.wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/560](http://www.wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/560)

**Biesecker, Adelheid; Breitenbach, Sarah; von Winterfeld, Uta** (2016): Bürger ohne Eigenschaften? Die Weltbürgergesellschaft gendersensibel verstehen. GAIA 25/3, S. 152-155.

**Biesecker, Adelheid; Breitenbach, Sarah; von Winterfeld, Uta** (2016a): Transformative Erzählungen. Travo-Text Mai 2016, [www.wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/560](http://www.wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/560)

**Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine** (2013): Zur Produktivität des „Reproduktiven“. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge. In: Feministische Studien 31/2, S. 240-252.

**Biesecker, Adelheid; von Winterfeld, Uta** (2013): Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten? Kritische Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte. GAIA 22/3, S. 160-165

**Brunnengräber, Achim** (2014): Eine Weltbürgerbewegung ohne Realitätsbezug. Zum WBGU-Gutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. GAIA 23/4, S. 306-308.

**Busch-Lüty, Christiane; Jochimsen, Maren; Knobloch, Ulrike; Seidl, Irmi** (Hg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. Politische Ökologie, Sonderheft 6. München.

- Dürr, Hans Peter** (2011): Das Lebendige lebendiger werden lassen – Wie uns neues Denken aus der Krise führt. München.
- Fraser, Nancy** (2001): Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.
- Friedrich, Beate** (2016): Mit uns die Zukunft. Nachhaltige Transformationen brauchen andere Geschlechterverhältnisse Tagung am 11. und 12. Juli 2016 an der Leuphana Universität Lüneburg. In: Gender H.3/2016, S. 154-159.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Marcus** (Hg.). (2013). Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden.
- Höhler, Sabine** (2015): Wider den Umweltdeterminismus – Nachhaltigkeitsforschung qualifiziert sich durch Gender. In: Katz, Christine et al. (Hg.): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven, S. 205-215
- Hofmeister, Sabine; Katz, Christine; Mölders, Tanja** (Hg.) (2013): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto.
- Hofmeister, Sabine; Scurrall, Babette** (2016): Die ‚Energielandschaft‘ als StadtLandschaft. Die Transformationsgeschichte einer Region in sozial-ökologischer Perspektive. In: Hofmeister, Sabine & Kühne, Olaf (Hg.) 2016: StadtLandschaften. Die neue Hybridität von Stadt und Land. Reihe: Hybride Metropolen. Wiesbaden, S. 187-214.
- Kanning, Helga; Mölders, Tanja; Hofmeister, Sabine** (2016): Gendered Energy – Analytische Perspektiven durch Potenziale der Geschlechterforschung für eine sozial-ökologische Gestaltung der Energiewende. In: Raumforschung und Raumordnung, 74/3, S. 213-227.
- Kühne, Olaf** (2013): Landschaftstheorie und Landschaftspraxis. Eine Einführung aus sozialkonstruktivistischer Perspektive. Wiesbaden.
- Jäger, Siegfried; Zimmermann, Jens** (Hg.) (2010): Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster.
- Mikfeld, Benjamin; Turowski, Jan** (2013): Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse: Überlegungen für eine strategierorientierte Diskursanalyse. In: Denkwerk Demokratie. Werkbericht Nr. 3.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften** (2013): Wege vorsorgenden Wirtschaftens. Marburg.
- Nussbaum, Martha** (2011): Creating Capabilities. The Human Development Approach. Cambridge/Mass., London.
- Schneidewind, Uwe** (2015): Geschlechterperspektive in der Nachhaltigkeitsforschung – Eine Einschätzung des Präsidenten des Wuppertal Instituts. Interview mit Christine Katz. In: Katz, Christine et al. (Hg.):

Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven, S. 273-279.

**Unmüßig, Barbara** (2015); Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Klimapolitik. GAIA 24/3, S. 160-163.

**Weller, Ines; Röhr, Ulrike; Fischer, Karin; Böckmann, Melanie; Birk, Nanna (2016):** Chancengerechtigkeit im Klimawandel. Eine Handreichung. GendernetClim Kompetenznetzwerk im Klimawandel. Bremen, Berlin.

**Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)** (2011): Hauptgutachten: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU.

**Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)** (2014): Sondergutachten: Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. Berlin: WBGU.

**Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)** (2016): Hauptgutachten: Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin: WBGU.